

Holzarbeiter

Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. Bezugspreis 50 Pf. im Monat. Inserate nach Tarif. Arbeitervermittlungen 50 Pf., Verbandsanzeigen 30 Pf. die sechsgespaltene Millimeterzeile. Redaktion und Expedition: Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Fernruf F7 (Jannowitz) 6246.

Nr. 19

Berlin, den 7. Mai 1932

40. Jahrgang

Nach den Wahlen

Bei den am 24. April vorgenommenen Wahlen zu den Länderparlamenten haben die Nationalsozialisten das hohe Ziel, das sie sich gesteckt haben, nicht erreicht. Sie haben weder in Preußen noch in Bayern und Württemberg die absolute Mehrheit erlangt; nur in dem Ländchen Anhalt ist eine Rechtsmehrheit zustande gekommen, in welcher die Nazis den bestimmenden Einfluß ausüben, dagegen hat in Hamburg die Linke eine Stärkung erfahren.

In Preußen, wohin sich das Hauptinteresse konzentrierte, sind unter 422 Abgeordneten 162 Nationalsozialisten gewählt, die jedoch mit den 31 Deutschnationalen, 7 Volksparteilern, 2 Christlich-Sozialen und einem Hannoveraner keine Mehrheit bilden. Ihnen stehen 93 Sozialdemokraten, 67 Zentrumsleute, 2 Staatsparteilern und 57 Kommunisten gegenüber. Diese Mehrheit gegen die Rechte hat jedoch nur negative Bedeutung, denn zu ihr gehören die Kommunisten, die für eine positive parlamentarische Arbeit nicht in Betracht kommen. Die einzig mögliche Regierungsmehrheit wäre eine Koalition von Nationalsozialisten und Zentrum. Ob sie zustande kommt, ist zweifelhaft. Jedenfalls ist der Ansturm der Nationalsozialisten abgewehrt, die Nazis werden nicht, wie sie gehofft hatten, die Alleinherrscher.

Es wäre aber eine falsche Betrachtungsweise, wollte man sich damit abfinden, daß das Schlimmste abgewehrt ist. Das hervorstechendste Charakteristikum dieser Wahlen ist das ungeheure Anwachsen der Nationalsozialisten. Sie haben ihre einstigen Gönner, die Deutschnationalen, an die Wand gedrückt und die Mittelparteien bis auf spärliche Reste aufgesaugt. Sie haben ihre Stimmenzahl gegenüber der Reichstagswahl im Jahre 1930 verdoppelt, während die Sozialdemokratie und die Kommunisten, letztere sogar absolut und relativ viel stärker, verloren haben. Das sind unerfreuliche Feststellungen, aber es wäre ein verhängnisvoller Fehler, wollte man den Blick vor ihnen verschließen.

Das Wachstum der Nationalsozialisten steht ohne Beispiel in der Geschichte, diese Bewegung ist aber das Produkt einer Wirtschaftslage, die gleichfalls beispiellos ist. Vor dem Kriege war die Sozialdemokratie die Partei des Proletariats. In scharfer Opposition gegen die Regierung und die herrschenden Mächte verfocht sie die materiellen und ideellen Rechte der Arbeiterklasse. Ihr strömten auch die Unzufriedenen aus bürgerlichen Kreisen zu und alle jene, die nicht zum Proletariat gehörig, das herrschende System bekämpften und für Recht und Gerechtigkeit eintraten.

Die während des Krieges eingetretene Spaltung der Sozialdemokratie war das größte Unglück für die Arbeiterklasse, und geradezu verhängnisvoll für das Geschick Deutschlands war es, daß nicht mit dem Kriegsende die Streitaxt begraben wurde. Während auf dem besiegten Deutschland die harte Faust des Siegers lastete und im Innern die Reaktion begann, ihre Kräfte zu sammeln, verzehrte sich die Sozialdemokratie im heillosen Bruderkampf. So ist beim Ausbau der jungen Republik manches Versäumnis untergelaufen, das sich später bitter rächte.

Als, viel zu spät, die Wiedervereinigung der Sozialdemokratischen Partei erfolgte, war inzwischen die Kommunistische Partei herangewachsen; genährt und aufgepöppelt durch den russischen Rubel. Ihr Agitationsrezept war einfach. Sie kreidete es der Sozialdemokratie als Verbrechen an, daß sie, obwohl in der Regierung sitzend, nicht der Arbeiterklasse den Himmel auf Erden gebracht hat. Diese Methode hat die Kommunistische Partei bis heute beibehalten. Während sich die Sozialdemokratie unter Einsatz ihrer Popularität müht, das Los der arbeitenden Klassen zu verbessern, sich mit Teilerfolgen abfindet, wo das Ganze nicht zu erreichen ist, bleibt die Kommunistische Partei in der Opposition. Kritizieren ist eben leichter als besser machen. Der Ausgang der Wahlen hat gezeigt, daß die unsauberen Kampfmethoden ihre Wirkung zu versagen beginnen. Aber der unselige Bruderkrieg des Proletariats hat nur dessen ärgsten Feinden Nutzen gebracht. Er hat die nationalsozialistische Bewegung ins Leben gerufen und sie so mächtig gefördert.

Im Verhältnis zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten zeigt es sich, daß niemand so radikal sein kann, als daß es nicht noch einen Radikaleren gäbe. Die Nationalsozialisten überbieten die Kommunisten in radikalen Phrasen. Und haben die Kommunisten im politischen Kampf das Faustrecht eingeführt, dann suchen die Nationalsozialisten ihre Gegner mit Dolch und Schießseisen zu überzeugen.

Das Programm der Nationalsozialisten ist die Programmlosigkeit. Sie versprechen jedem etwas, und zwar das, was er gern hört. Bei den Mächtigen im Lande, bei den Agrariern, den Industriellen, den ehemaligen Offizieren, die vergangener Herrlichkeit nachtrauern, haben Hitlersche Phrasen geringen Kurs, diese Herrschaften wollen etwas Materielles. Sie finanzieren die Hitlersche Agitation um des Gewinnes wegen, den sie von ihr erhoffen. Der Sieg der Nationalsozialisten soll ihnen

die herrlichen Zeiten wiederbringen, da „Bildung und Besitz“ herrschten und die Arbeiter lediglich Objekte der Gesetzgebung waren.

In dem Dienst dieser Oberschicht steht Hitlers Agitation. Zu ihm bekennen sich auch die verarmten Mittelschichten, die einst bessere Tage gesehen haben und der Republik, dem „System“, wie es die Nazis nennen, die Schuld an ihrem Unglück beimessen. Am Tage, nachdem auf Hitlers Befehl die „Köpfe rollen“, werden sie erkennen, daß sie betrogen sind, und dann werden sie einem neuen Phantom nachjagen.

Wichtiger als diese Kreise sind die Arbeiter, die der Hakenkreuzfahne folgen und sich den hochmögenden Kapitalisten und deren feudalen Freunden als Kanonenfutter zur Verfügung stellen. Die Massenarbeitslosigkeit ist es, die hier die Reservoirs füllt. Die Arbeiter, welche die Schule der Gewerkschaften durchgemacht haben, sind im allgemeinen gefeit gegen die Lockungen der Hakenkreuzler. Schlimmer steht es mit dem jungen Nachwuchs, der, kaum im Betrieb warm geworden, auf die Stempelstellen abgeschoben wird. Die Jugendkraft sucht nach Betätigung, der Jugendübermut will abregiert sein. Da finden die Werber der Nazis leicht Erfolg. Im Lager Hitlers braucht man nicht zu denken und Probleme zu wälzen. Dort gilt es als ehrenvoll, der Raulust zu frönen.

In den Schulen ist von einer Erziehung der Jugend im Geiste der Völkerversöhnung, wie es die Reichsverfassung vorschreibt, nur zu oft nicht die Rede. Häufiger wird der Haß gegen den „Feindbund“ gepredigt, der Deutschland besiegt und ihm erniedrigende Friedensbedingungen

aufgelegt hat. So vorbereitet, tritt der junge Mensch ins Leben. Er träumt von Heldentaten, die er verrichten will, um das Vaterland von den Tributlasten zu befreien. Die Legende von dem „Dolchstoß von hinten“, der das deutsche Heer getroffen, findet gläubige Hörer. Ihnen kann man erzählen, daß die Sozialdemokraten an dem ganzen Elend die Schuld tragen und daß die Gewerkschaften nur dazu da seien, die „Bonzen“ zu mästen.

Würde diese Jugend auch nur eine Ahnung haben von den Zusammenhängen im Wirtschaftsleben, dann würde sie nicht dazu beitragen, das Joch aufzurichten zu helfen, unter welches die eigentlichen Nutznießer des Nationalsozialismus die deutsche Arbeiterschaft beugen wollen. In den Betrieben steht die Jugend noch unter dem Einfluß der gewerkschaftlichen Erziehung, je länger die Arbeitslosigkeit währt, um so leichter verfällt der Nachwuchs der nationalsozialistischen Demagogie.

Die jungen Wähler stellen ein sehr starkes Kontingent zu der Armee der Naziwähler. Der Zuwachs an Jungwählern ist stärker, als sich mancher vorstellt. In dem einen Monat, der zwischen den beiden Wahlgängen zur Wahl des Reichspräsidenten lag, hat sich die Zahl der Wahlberechtigten um 112000 vermehrt. Das gibt zu denken. Wir müssen uns noch viel mehr als seither um die gewerkschaftliche und politische Erziehung der Jugend kümmern. Das ist gewiß nicht die einzige Lehre aus dem Wahlergebnis, aber es ist eine der wichtigsten. Wir müssen verhindern, daß die Arbeiterjugend zu Prätorianern des Klassenfeindes erzogen wird, deshalb: Nehmt euch der Jugend an!

Sie bleiben die alten

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände wählte an Stelle des zurückgetretenen Ernst v. Borsig den Generaldirektor der Siemens-Schuckert-Werke Carl Köttgen zum ersten Vorsitzenden. An die Stelle des selbständigen Unternehmers ist also ein Angestellter getreten, allerdings ein hochbezahlter Angestellter, der die Wirtschafts- und Sozialpolitik mit den Augen des Unternehmers zu sehen gewohnt ist. Für die Zentrale der Scharfmacherverbände bedeutet der Wechsel in der Leitung nur eine Personen-, keine Systemänderung.

Der neue Vorsitzende bewies das auch in der Ansprache, die er am 21. April nach der vollzogenen Wahl hielt. Er stellte u. a. fest, daß die Unternehmer nicht gegen Tarifverträge und gegen die Koalitionsfreiheit sind, allerdings so, wie die Unternehmer diese Begriffe auffassen. Für sie verlangt er völlige Freiheit in der Lohnfestsetzung. Der Staat hat mittels des Schlichtungswesens Lohnsenkungen vorgenommen, aber nicht im nötigen Ausmaß. Die Unternehmer fühlen sich stark genug, das Maß des Lohnabbaues richtig einzuschätzen. Deshalb ist die Besetti-

gung der Verbindlicherklärungen ein Hauptziel der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die mit gleicher Energie eine staatliche Beschränkung der Arbeitszeit ablehnt.

Während Herr Köttgen noch eine platonische Verbeugung vor Tarifrecht und Koalitionsfreiheit macht, fordert die „Arbeitgeber-Zeitung“ das ungeschminkte Bekenntnis zum Scharfmachertum. Im Leitartikel ihrer Nummer vom 24. April erinnert sie an die Gründung der Zentralarbeitsgemeinschaft im Dezember 1918, um zur Entschuldigung für die dabei mitwirkenden Unternehmer festzustellen, daß damals bei ihnen „die bessere Einsicht einfach der höheren Gewalt gewichen ist“. Damals, so heißt es weiter, „mag dieses Zurückweichen durch die Not- und Zwangslage bedingt gewesen sein“. Heute liegen die Dinge anders, da ist es an der Zeit, daß die deutsche Arbeitgeberbewegung sich ihrer Ausgangsstellung erinnert und die Freiheit des Handelns zurückgewinnt.

Was Herr Köttgen verschämt andeutet, spricht die „Arbeitgeber-Zeitung“ offen aus. Sie hat Sehnsucht nach der Wiederkehr der

herrlichen Zeiten der Stumm und Bueck, wo die Scharfmacher noch kein Blatt vor den Mund zu nehmen brauchten und offen aussprechen konnten: „Man muß dem Arbeiter begreiflich machen, daß er als Knecht geboren und als solcher auch sein Leben zu vollbringen hat, und daß das, was er sich einbildet, als seinen rechtmäßigen Arbeitsverdienst zu betrachten, nur eine in Gnaden gewährte Zuwendung ist, für die er sich dankbar zu erweisen hat.“

Die Scharfmacher glauben, daß es an der Zeit sei, zu dieser „Ausgangsstellung der Arbeitgeberbewegung“ zurückzukehren, in der Annahme, daß die Gewerkschaften infolge der Wirtschaftskrise machtlos geworden seien. Sie werden in dieser Auffassung auch bestärkt durch die gegen die Gewerkschaften gerichteten Anwürfe, in denen Nazis und Kozis miteinander wetteifern. Die Äußerungen der Scharfmacher zeigen, wessen Spiel diese Gegner der Gewerkschaften spielen.

Die gerechten Forderungen der Konsumvereine

Aus kleinen Anfängen heraus haben sich die Konsumvereine in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer mächtigen Volksbewegung entwickelt. Allein dem unserer Gewerkschaftsbewegung nahestehenden Zentralverband deutscher Konsumvereine (Sitz Hamburg) sind mehr als 1000 Konsumgenossenschaften mit reichlich drei Millionen Haushaltungen angeschlossen. Diese Verbraucherverbände hatten im Jahre 1929 einen Umsatz von 1,242 Milliarden Mark. Das war der Höhepunkt ihrer bisherigen Entwicklung. Die dann immer stärker wütende Wirtschaftskrise ist auch an den Konsumgenossenschaften naturgemäß nicht spurlos vorübergegangen. Ihre Mitglieder sind vornehmlich Arbeiterfamilien, deren Ernährer in großer Zahl beschäftigungslos auf der Straße liegen. Sie müssen von der kargen öffentlichen Unterstützung leben. Und den anderen, die noch Beschäftigung haben, ist der Lohn so stark gekürzt worden, daß sie nun nur noch einen Teil der Warenmenge kaufen können, die sie früher aus ihrem Konsumverein bezogen. So ist es verständlich, daß der Umsatz des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zurückgegangen ist. Im Jahre 1931 betrug er aber immer noch 1,074 Milliarden Mark. Dieser Umsatzrückgang ist wesentlich kleiner als der Einkommensschwund der angeschlossenen Mitgliederfamilien. Daraus geht hervor, daß die Genossenschafter erzieherischerweise immer mehr dazu übergehen, möglichst ihren ganzen Warenbedarf im Konsumverein zu decken. Das ist verständlich, denn nirgends anderswo wird man so reell bedient wie in seinem eigenen Geschäft, das der Konsumverein ist.

Die Konsumgenossenschaften haben also bisher alle Stürme der Wirtschaftskrise überstanden. Sehr zum Leidwesen ihrer vielen Gegner, deren Haupttruppe die Inhaber von Einzelhandelsgeschäften bilden. Immer wieder wird versucht, mit Verdrehungen und offenen Unwahrheiten das Ansehen und die Bedeutung der Konsumgenossenschaften in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Im Augenblick wird ganz entrüstet behauptet, daß die Konsumvereine viele Millionen Mark aus der Reichskasse erhalten hätten. Dieser Behauptung, die durch die ganze konsumgenossenschaftsfeindliche Presse geht, liegt folgender Tatbestand zugrunde:

Entgegen dem weitverbreiteten Märchen von der steuerlichen Bevorzugung der Konsumgenossenschaften sind diese tatsächlich steuerlich stärker belastet als die Einzelhandelsgeschäfte. Für sie und die Warenhäuser hat der Reichstag vor einigen Jahren eine Sondersteuer beschlossen. Jetzt haben die Spitzenverbände der Genossenschaftsbewegung die Rückerstattung der weder wirtschaftlich noch politisch gerechtfertigten Sonderumsatzsteuer gefordert. Es handelt sich um einen Betrag von 10 bis 15 Millionen Mark. Mit diesem Geide sollen diese in Not geratene Konsumvereine gesetzt werden. Diese Genossenschaften sind nicht durch eigene Schuld in finanzielle Schwierigkeiten geraten, sondern sie sind ein Opfer der allgemeinen Wirtschaftskrise, die wieder eine Folge der kapitalistischen Mißwirtschaft ist.

Diese Forderung der Konsumgenossenschaften hat in den Reihen der Krämer und Handwerksmeister einen wahren Enttäuschungssturm entfacht. Sie reden von einer „Anmaßung“ der Konsumgenossenschaften, von einer „Verschwendung von Reichsmitteln“ und dergleichen Unsinn mehr. Wenn sie selber vom Reiche eine Unterstützung fordern und sie auch erhalten, dann ist das selbstverständlich eine durchaus berechtigte Sache. Und sie haben schon Millionen und aber Millionen bekommen. So waren die Bankensanierungen der letzten Zeit „eine ausgesprochene Mittelstandsmaßnahme“, wie es in einer Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning heißt. Darüber reden die Mittelständler begreiflicher Weise nicht.

Im allgemeinen lehnen die Konsumgenossenschaften grundsätzlich jegliche Staatshilfe ab. Es handelt sich bei ihrer Forderung auch nicht um eine der üblichen staatlichen Stützungen gefährdeter oder sanierungsreifer Wirtschaftsbetriebe, sondern um die Wiedergutmachung eines Unrechts, das den steuerlich schon übermäßig belasteten Konsumgenossenschaften durch die Aufbürdung der erhöhten Umsatzsteuer widerfahren ist. Nicht nur dem Mittelstand, auch den Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften — zu denen die Konsumgenossenschaften gerechnet werden — steht ein verfassungsmäßiger Schutz zu. Die Konsumgenossenschaften haben die ihnen nach ihrer Anschauung zu Unrecht aufgebürdete Sonderumsatzsteuer vom Reiche zurückgefordert, damit sie die Gefahren bannen können, die in einzelnen Gebieten des Deutschen Reiches durch den Zusammenbruch der Großbanken im letzten Sommer auch für die Konsumgenossenschaften heraufbeschworen worden sind. Für die Sünden der kapitalistischen Wirtschaft lassen sich die Konsumgenossenschaften nicht verantwortlich machen. Wenn in allen Teilen der Privatwirtschaft die gleiche Sauberkeit und Gewissenhaftigkeit herrschten, die in den Konsumgenossenschaften die Grundlage allen Schaffens bilden, stände es heute um die deutsche Wirtschaft und um das deutsche Volk besser. Dann würden auch das Wirken der Konsumgenossenschaften und die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe bei weitem nicht in dem jetzigen Maße beeinträchtigt sein.

Die Konsumgenossenschaften wurden ohne jede fremde Hilfe und ohne eine öffentliche und behördliche Förderung errichtet. Sie sind wirtschaftliche Unternehmungen der minderbemittelten deutschen Volksschichten, die heute am meisten unter der von ihnen nicht verschuldeten wirtschaftlichen Verelendung zu leiden haben. Diese Selbsthilfebetriebe der vermögenslosen Verbraucher erfüllen dem Staate gegenüber stets ihre Pflicht. Sie nahmen bisher nie etwas vom Staat, auch dann nicht, wenn alle übrigen Wirtschaftsgruppen die Hand zur Erlangung staatlicher Almosen ausstreckten. Mit um so größerer Berechtigung dürfen sie jetzt die Wiedergutmachung des Unrechts fordern, das ihnen vom Reichstag zugefügt worden ist.

Arbeitsbeschaffung durch Hausreparaturen

In der Entschließung des Krisenkongresses der Gewerkschaften wird unter anderem auch darauf hingewiesen, daß durch die öffentliche Finanzierung der Instandsetzung und Instandhaltung des vorhandenen Wohnraumes vielen Arbeitern wieder Lohn und Brot verschafft werden kann. Wieviel in dieser Beziehung zu tun ist, lehrt ein Blick auf den äußeren und inneren Zustand der meisten Wohnhäuser. Da gibt es Arbeit für Maurer, Dachdecker, Zimmerleute, Tischler, Maler, Klempner und für viele andere Berufe. Würden alle notwendigen Hausreparaturen gemacht, so wären das Aufträge von vielen Hunderten von Millionen Mark. Nach einer Schätzung des Reichswirtschaftsrates könnten damit mindestens 225 000 Arbeiter beschäftigt werden.

Die Notwendigkeit dieser Arbeiten wird von keiner Seite bestritten, die Frage ist nur die, woher das Geld dafür genommen werden soll. Auch hier haben die Gewerkschaften gangbare Vorschläge gemacht: Sie fordern die Durchführung einer volkstümlichen Arbeitsbeschaffungsanleihe, die vorübergehende Verwendung gewisser Steuermittel, insbesondere der Erträge der Reichsflucht- und der Hauszinssteuer, für Arbeitsbeschaffungszwecke. Ferner sollen die Banken zur Aufbringung der erforderlichen Gelder mit herangezogen werden.

Diese Vorschläge des Krisenkongresses sind bei der Reichsregierung nicht ganz unbeachtet geblieben. So macht der Reichsarbeitsminister in einem Erlaß die Länderregierungen darauf aufmerksam, daß er es begrüßen würde, „wenn es auch in diesem Jahr möglich wäre, aus den Hauszinssteuermitteln einen Teilbetrag für große Instandsetzungsarbeiten an den Wohnhäusern abzuweigen. Darüber hinaus scheint es mir erforderlich“, heißt es in dem Schreiben des Reichsarbeitsministers, „dem Hausbesitz einen Anreiz zur Vornahme größerer Instandsetzungsarbeiten zu geben. Dies kann dadurch geschehen, daß dem Hausbesitz die Verzinsung und Tilgung von Darlehen, die er zum Zweck der Instandsetzung aufgenommen hat, durch einen völligen oder teilweisen Erlaß der Hauszinssteuer erleichtert wird. Man wird davon ausgehen können, daß die Bauunternehmer und Bauhandwerker im allgemeinen zu größtem Entgegenkommen bei der Bemessung der Zahlungsziele bereit sein werden. Es erscheint mir aber weiterhin erforderlich, alle Möglichkeiten auszunutzen, die die Finanzierung der Reparaturaufträge auf Wechselgrundlagen bietet. Soweit sich aus der Instandsetzung der Häuser Aufträge zur Lieferung von Baustoffen, Ausstattungsgegenständen und dergleichen ergeben, sind entsprechende Wechsel beim Vorliegen der allgemeinen Voraussetzungen reichsbankfähig und werden, wie aus neueren Erklärungen der Reichsbank hervorgeht, von dieser auch gern hereingenommen. Wenn die aus der Instandsetzung von Altwohnungen hervor-

gegangenen Wechsel sich in ihrem Charakter dem Lohn- und Leistungswechsel nähern, sind sie der Reichsbank allerdings weniger erwünscht. Wenn diese Wechsel mit kürzerer Laufzeit zur Reichsbank gelangen oder einem weiteren Zahlungsumschlag gedient haben, werden sie aber auch bei der Reichsbank Unterkunft finden.“

Dieser Erlaß des Reichsarbeitsministers ist als Anfang der Durchführung der Beschlüsse des Krisenkongresses zu begrüßen. Im Interesse der 6 Millionen Arbeitsloser muß gefordert werden, daß die Reichsregierung nun endlich auch sonst alles tut, was notwendig und möglich ist, um die sich nach nützlicher Beschäftigung sehndenden Menschen wieder in die Betriebe zu bringen.

Direktorengehälter

Nach dem Geschäftsbericht für 1931 der Deutschen Bank und Discontogesellschaft haben die gesamten Bezüge des Vorstandes und stellvertretenden Vorstandes (24 Mitglieder) 2844750 Mk. und die des Aufsichtsrates (120 Mitglieder) 429 032,26 Mk., herrührend aus dem Gewinn 1930, betragen. Daraus ergäbe sich für die ordentlichen und stellvertretenden Vorstandsmitglieder ein jährliches Durchschnittseinkommen von etwa 120 000 Mk. Die stellvertretenden Vorstandsmitglieder haben natürlich erheblich geringere Bezüge als die ordentlichen, was ja auch darin zum Ausdruck kommt, daß die 14 stellvertretenden Vorstandsmitglieder der Deutschen Bank wieder zu gewöhnlichen Abteilungsdirektoren degradiert wurden. Nimmt man für diese 14 stellvertretenden Mitglieder ein Durchschnittseinkommen von 60 000 Mk. im Jahre an, so käme man für die 10 ordentlichen Vorstandsmitglieder im Durchschnitt auf ein Einkommen von 200 000 Mk. jährlich.

Auch die Direktoren in der Industrie verfügen über ganz hübsche Einnahmen, worüber aber selten etwas in die Öffentlichkeit dringt. Deshalb ist die kürzlich bei einem Prozeß vor dem Arbeitsgericht in Oldenburg getroffene Feststellung nicht uninteressant, daß bei den Direktoren des Konzerns deutscher Linoleumwerke die untere Grenze des Einkommens bei 500 000 Mk. liegt.

Lohnabbau — Preisabbau

Während der Lohnabbau auf Grund der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 eine sehr reale Sache ist, die nach dem Willen der Unternehmer noch energisch fortgesetzt werden soll, ist der Preisabbau steckengeblieben. Wo er auf Anordnung des Preiskommissars durchgeführt wurde, gibt es Mittel, sich seiner Wirkung zu entziehen. So soll z. B. die Preisherabsetzung um 10 Prozent für Glühbirnen bei der Osram AG. durch Verkürzung der Brenndauer der Birnen von 1800 auf 1200 Stunden ausgeglichen werden.

Solche Methoden stehen nicht vereinzelt da. So schreibt das Fachblatt „Deutsche Feinkost“ vom 5. März: „Tatsache ist, daß die Riwag AG. ihre neuen Einheitswürste mit dem alten Aufdruck 1 Mk. und einem roten Überdruck „jetzt 75 Pf.“ verschickt. Jedermann, insbesondere breite Käuferschichten, müssen bei einer oberflächlichen Prüfung den Eindruck gewinnen, daß hier tatsächlich ein Preisabbau von 25 Prozent stattgefunden hat. Bei einer näheren Prüfung wird sich herausstellen, daß die alten Würste 225 Gramm gewogen haben, während die neuen Würste nur 175 Gramm wiegen. Es ist also ein Mindergewicht nach den früheren Lieferungen von 22¹⁰/₁₀₀ Prozent eingetreten, während der Preis um 25 Prozent gesenkt worden ist. Es ist also eine tatsächliche Preissenkung von nur 2¹⁰/₁₀₀ Prozent eingetreten.“

Billige Ferienreisen

Viele Arbeiter werden es in diesem Jahre nicht sein, die eine Ferienreise machen können. Wer es noch kann, der sei auf die Wanderungen und Fahrten des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ hingewiesen. Näheres enthält das Schriftchen „Ferienreisen mit den Naturfreunden 1932“. Es ist bei allen Naturfreunde-Reisebüros zu haben sowie gegen Einsendung von 15 Pf. in Briefmarken durch das Zentralreisebüro der Naturfreunde, Nürnberg-W., Sünderbühlstraße 5.

So sollte es kommen!



Nehmt meinen Dank, liebe Pgs.! Wir sind schon dabei, euren Sieg auszuwerten.



Aus dem Verbandsleben



Mitteilungen des Vorstandes

Lehrgänge an der Wirtschaftsschule in Berlin und an der Akademie der Arbeit in Frankfurt am Main.

Im Oktober 1932 beginnen neue Lehrgänge an der Wirtschaftsschule in Berlin und an der Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. Die Kurse dauern 10 bzw. 9 Monate. Verbandsmitglieder, die sich um die Teilnahme an einem der Lehrgänge bewerben wollen, müssen ihre Bewerbung bis spätestens 23. Mai an den Vorstand einreichen. Voraussetzung für die Wahl ist in der Regel die erfolgreiche Beteiligung an dem von den genannten Schulen eingerichteten Fernunterricht. Die Bewerber sollen nach Möglichkeit unverheiratet sein und müssen über längere praktische Erfahrungen im Gewerkschaftsleben verfügen. Die Wahl der Schüler erfolgt im Einvernehmen mit dem Vorstand durch den Bildungsausschuß des ADGB. gemeinsam mit der Schulleitung. Die Bewerbungen können sich nur auf die Teilnahme an einem der Kurse beziehen.

Beizufügen sind den Bewerbungen ein handschriftlich geschriebener Lebenslauf, ein Gutachten der Ortsverwaltung und eine Probearbeit. Der Lebenslauf muß Angaben über die persönlichen und beruflichen Verhältnisse, über den bisherigen Bildungsgang und über die Tätigkeit in der Arbeiterbewegung, insbesondere in unserem Verband, enthalten. Für die Probearbeit geben wir nachstehend drei verschiedene Themen mit kurzer Inhaltsangabe:

1. Mein Betrieb.

Einrichtung und Organisation des Betriebes — Produktionsgang und Arbeitsweise — Beschreibung der besonderen Tätigkeit — Mein Verhältnis zur Arbeit und zum Betrieb — Gewerkschaft und Betriebsrat innerhalb des Betriebes — Die im Betrieb angewandten Lohnformen — Wohlfahrtseinrichtungen und sonstige Maßnahmen.

2. Die Bildungsarbeit der Arbeiterorganisationen und ihre Bildungseinrichtungen.

Aufgaben der Arbeiterbildung — Art und Umfang der Arbeiterbildung — Träger der Arbeiterbildung — Die Bildungsarbeit am Ort — Volkshochschularbeit am Ort — Welche Beziehungen bestehen zwischen Arbeiterbildung und Volkshochschularbeit?

3. Die Frage der Arbeitszeitverkürzung.

Ist sie notwendig? — Wie ist sie durchführbar? — Welche Auswirkungen hat sie? — Wie liegen die Verhältnisse im Betriebe und welche Stellung nimmt die Betriebsbelegschaft ein?

Den Bewerbern steht die Auswahl unter diesen drei Themen frei.

Der Vorstandsvorsitzende.

Die Handwerkskammer auf dem Holzwege

Die Innungsorganisationen können sich immer noch nicht damit abfinden, daß im Holzgewerbe, entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen, auch die Entschädigungssätze sowie der Ferienanspruch der Lehrlinge tarifvertraglich geregelt werden. Über die Rechtslage bestanden früher Meinungsverschiedenheiten, die aber geklärt sind, seitdem das Reichsarbeitsgericht in mehreren Entscheidungen die Zulässigkeit dieser Regelung eindeutig bejaht hat. Aus dieser Stellungnahme hat das Reichsarbeitsgericht Konsequenzen gezogen, so hinsichtlich der Abzugsfähigkeit versäumter Arbeitsstunden von der Entschädigung der Lehrlinge. Von solchen Befugnissen machen die Innungsmeister

gern Gebrauch, aber sie wehren sich mit Händen und Füßen gegen die Anerkennung der Voraussetzungen dafür.

Zum Wortführer der bayerischen Schreinermeister hat sich neuerdings die Handwerkskammer von Oberbayern aufgeworfen, die dabei, wie sie es ausdrückt, als „Vorort der bayerischen Handwerkskammern“ auftritt. Sie hat sich mit allen Mitteln gegen die Einbeziehung der Bestimmungen über das Lehrlingswesen in den Tarifvertrag für das bayerische Holzgewerbe gewehrt. Und als das vergeblich war, hat sie, freilich ebenso erfolglos, gegen die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrags angekämpft. Schließlich hat sie ihr Leid dem bayerischen Staatsministerium des Äußern geklagt, und zwar in zwei langen, vom 29. März und 6. April 1932 datierten Schreiben, die im „Tischlerhandwerk“ vom 23. April abgedruckt werden.

Zu diesen Kundgebungen der Handwerkskammer vorweg eine Frage: Hat der Gesellenausschuß der Handwerkskammer an der Erstattung dieses Berichts mitgewirkt?

Wir vermuten stark, daß das nicht der Fall war, obwohl der § 103k der Reichsgewerbeordnung vorschreibt, daß der Gesellenausschuß mitwirken muß „bei Abgabe von Gutachten über sozialpolitische Fragen und bei Erstattung von Berichten über Angelegenheiten, welche die Verhältnisse der Gesellen (Gehilfen) und Lehrlinge betreffen“. Ohne die Mitwirkung des Gesellenausschusses haben die „Vorstellungen“, wie die Handwerkskammer ihr Schreiben nennt, nur die Bedeutung einer privaten Meinungsäußerung des Verfassers. Als Kundgebung der Handwerkskammer können sie von den Behörden nicht gewertet werden.

In ihren „Vorstellungen“ führt die Handwerkskammer beim Staatsministerium des Äußern Klage gegen die Sozialabteilung des Landwirtschaftsministeriums. Während die Handwerkskammer glaubt, die Bestimmungen des Tarifvertrags über das Lehrlingswesen hätten die überwiegende Bedeutung nicht, habe das Reichsarbeitsministerium die überwiegende Bedeutung angenommen und die Allgemeinverbindlichkeit ausgesprochen. Das könne nur „nach vorausgegangener Zustimmung oder sogar Befürwortung der Sozialabteilung des Landwirtschaftsministeriums erfolgt sein“. Darüber ist die Kammer sehr ungehalten, und sie richtet an das Staatsministerium des Äußern die dringende Bitte, sich dafür einzusetzen, daß die Sozialabteilung des Landwirtschaftsministeriums ihre Überzeugung ändert und nach dem Willen der Handwerkskammer die Voraussetzungen für die Allgemeinverbindlichkeit als nicht mehr gegeben erklärt.

Wir sind mit den Ressortzuständigkeiten in der bayerischen Regierung nicht so vertraut, wissen auch nicht, ob es angängig ist, daß eine Regierungsabteilung einer anderen vorschreiben kann, daß sie ihre Ansicht nach den Wünschen der Handwerkskammer zu ändern hat. Dagegen ist uns bekannt, daß gerade hinsichtlich des Tarifvertrags für das bayerische Holzgewerbe die überwiegende Bedeutung vom Reichsarbeitsministerium in sehr rigoroser Weise geprüft wurde.

Aus dem zweiten Schreiben vom 6. April ist die Mitteilung beachtlich, daß die Schreiner-Zwangsinnung München am 31. März 1932 aus dem Arbeitgeberverband des südbayerischen Holzgewerbes, dem sie bis dahin angeschlossen war, ausgeschieden ist. Im übrigen ist das Schreiben die Wiedergabe eines an den letztgenannten Verband gerichteten Briefes der Handwerkskammer, in welchem der Arbeitgeberverband beschworen wird, sich „bei den allenfalls bevorstehenden neuen Tarifverhandlungen dafür stark zu machen, daß die auf das Lehrlingswesen bezüglichen Bestimmungen nicht mehr in die Tarifvertragsabmachungen hinein-

Mit dem Ablauf des Tarifvertrages am 30. April endet auch die Allgemeinverbindlichkeit, über die sich die Handwerkskammer so sehr geärgert hat. Zu den Verhandlungen über einen neuen Vertrag ist auch der Schreinermeisterverband geladen. Die Innungsmänner können also ihre Sache selbst verfechten und brauchen sich nicht über die Handwerkskammer an den Arbeitgeberverband zu wenden, um ihre „Belange“ wahrzunehmen. Immerhin ist es dankenswert, daß die Handwerkskammer die Schreiben, die sie an die bayerische Regierung gerichtet hat, veröffentlicht. Man erkennt daraus, welche Schwierigkeiten der tariflichen Regelung der Arbeitsbedingungen bereitet werden. Bei der Verfolgung eines vermeintlichen Rechtsanspruchs übersieht die Handwerkskammer, daß sie selbst zwingende gesetzliche Vorschriften verletzt.



Bestell Nr. 416 - des Verbandes der Deutschen Berufsgewerkschaften, Berlin W 9

Ein Zeichen der Zeit

In dieser Notzeit verfallen manche Handwerksmeister auf die verzweifeltsten Mittel, um die bedrohte wirtschaftliche Selbstständigkeit zu retten. Einen originellen Einfall hatte der Tischlermeister, der in der „Zittauer Morgen-Zeitung“ vom 10. April das folgende Inserat veröffentlichte:

Sohn achtbarer Eltern, der das

Tischler-Handwerk

erlernen will, wird von größerem Betrieb aufgenommen. Erwünscht ist, aber nicht Bedingung, daß die Eltern ein Darlehn von 3000,— RM. auf zwei Jahre gegen entsprechende Sicherheit und Verzinsung zur Verfügung stellen. Angebote unter ...

Eine Wirkung der Not ist die Schwierigkeit für viele Eltern, eine geeignete Lehrstelle für ihre schulentlassenen Söhne zu finden. Der kluge Tischlermeister knüpft an diese Not der Eltern seine letzte Hoffnung. Nachdem die Bemühungen, auf andere Art Geld aufzutreiben, vergeblich gewesen sind, soll der aufzunehmende Lehrling die Rettung bringen.

Ob das Inserat den gewünschten Erfolg hatte, ob sich der Lehrling fand, der die 3000 Mk. Darlehn ins Haus brachte, ob der Betrieb damit gerettet wurde, wie sich das Lehrverhältnis gestalten wird, das alles sind Fragen, die sich schwer beantworten lassen. Jedenfalls ist diese Verbindung von Darlehns- und Lehrlingsgesuch ein interessantes Zeichen der Zeit.

Greifenhagen

Unsere Verwaltungsstelle hat einen schweren Verlust erlitten. Am 24. April starb in seinem 63. Lebensjahre unser Kollege, der Korbmacher Wilhelm Beyersdorf. Er gehörte zu den Gründern unserer Verwaltungsstelle und er hat unserem Verband länger als 32 Jahre angehört. Den größten Teil dieser Zeit war er Mitglied unserer Ortsverwaltung. Beyersdorf hing nicht nur mit jeder Faser seines Herzens an unserem Verband und unserer Arbeiterbewegung, er war auch ein treuer Freund der Kollegen. Gar oft wurde er von den Kollegen um Rat und Hilfe in den verschiedensten Angelegenheiten angegangen: stets war er ein freundwilliger Helfer. Wir werden sein Andenken in Ehren halten.

Die Taktik des Arbeitgeberverbandes

Der Arbeitgeberverband der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes hat am 15. April in Berlin getagt. Der Hauptgegenstand der Verhandlung bezog sich auf die Tarifpolitik. Selbstverständlich ist der Arbeitgeberverband für einen weiteren Abbau der Löhne. Anders zu beschließen ist für ihn auch unmöglich, denn nur in der negativen Parole des Lohnabbaues herrscht Einigkeit unter den sonst auseinanderstrebenden Unternehmern des Holzgewerbes und ihren Organisationen.

Nach dem veröffentlichten amtlichen Bericht über die Tagung wurde anerkannt, daß im vergangenen Jahre in Verbindung mit der Notverordnungspolitik der Reichsregierung eine Senkung der Löhne herbeigeführt wurde. Das genügt aber nicht. „Gerade für das Holzgewerbe sei eine weitere Entlastung der Produktionskosten auch von der Lohnseite her unbedingt notwendig, wie denn überhaupt alle Binnenlöhne noch erheblich gesenkt werden müßten, wenn das Wirtschaftsleben wieder in Gang kommen soll.“

Auf Logik legen die Unternehmer bei ihren Beschlüssen keinen großen Wert, und in der Hinsicht sind die Unternehmer des Holzgewerbes vorbildlich. Sie klagen mit Recht über den mangelnden Absatz ihrer Erzeugnisse. Es wird nichts gekauft, weil es der Masse an Geld fehlt. Auch der kleine Teil der Angestellten und Arbeiter, der noch beschäftigt ist, verdient so wenig, daß es kaum ausreicht, den allerdingsten Lebensbedarf zu decken. Bedarf an Erzeugnissen der Holzindustrie ist wohl vorhanden, aber es fehlt bei den niedrigen Löhnen an Geld, um diesen Bedarf zu befriedigen. Deshalb müssen die Löhne noch weit tiefer gesenkt werden, um so das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. Diese Schlußfolgerung ist zwar für den gesunden Menschenverstand nicht einleuchtend, aber es ist die moderne Unternehmerlogik, für die sich auch die Unternehmer des Holzgewerbes begeistern.

Auf der Tagung des Arbeitgeberverbandes hat man sich auch über die bei der bevorstehenden Tarifbewegung einzuschlagende Taktik unterhalten, und es herrschte Übereinstimmung darin, daß Verschleppung der Verhandlungen das Gebot der Stunde sei. Wenn die durch die letzte Notverordnung bis zum 30. April befristeten Tarifverträge ablaufen, ohne daß neue an ihre Stelle getreten sind, dann ist immerhin schon etwas erreicht.

Die Weigerung der Unternehmer, in Verhandlungen einzutreten, hat unsere Kollegen in mehreren Bezirken bereits veranlaßt, die amtlichen Schlichtungsstellen anzurufen. Das ist auch in Bayern geschehen, und die „Holzindustrie“ berichtet darüber mit dem spöttischen Zusatz: „Die Arbeitgeberseite wird sich selbstverständlich auf den Standpunkt stellen, daß zunächst einmal die freien Verhandlungen durchgeführt werden müssen, zu denen die Arbeitgeberseite die Vorbereitungen trifft, bevor staatliche Schlichtungsstellen eingreifen können.“ Hier liegt die Verschleppungsabsicht offen zutage. Die bayerischen Unternehmer haben den Tarifvertrag schon im November 1931 gekündigt. Nachdem die Laufdauer durch die Notverordnung bis zum 30. April verlängert war, haben sie die Kündigung am 30. Januar erneuert. Nach der Bestimmung des Vertrages hätten sie spätestens vier Wochen nachher die Verhandlungen aufnehmen müssen. Aber was scheren sich die Unternehmer um Vertragsbestimmungen, wenn sie von ihrer Verletzung Vorteile erhoffen. Warten wir ab, ob ihnen die Verschleppungstaktik Erfolg bringt.

Mit tiefem Nachsinnen kommen wir am 19. Wochenausgabe fällig



Heim und Familie



Zum 8. Mai Ein Tag der Mutter

Am Hang blühte schneeweißer Flieder. In den Zweigen der jungen Birken mit frischem Grün saßen Vögel und trillerten lebhaft Weisen in den sonnenklaren Tag. Im Tal lag eingebettet, von Wiesen und mächtigen Baumriesen umgeben, der kleine Friedhof des Dorfes. Die Gräber trugen das Antlitz des Frühlings. Überall lachten farbige Blumen, sie verdeckten Leid und Hoffnung, sie überstrahlten Vergangenheit, die tief unten in der kühlen Erde, im Schoß der Einsamkeit, verborgen lag. Aus der Ferne tönte leiser Amselschlag und durchbrach die Stille des ewigen Schweigens.

Schwerenmütig schritt zwischen den Gräbern gebeugt ein Mann. Tief war er in sich versunken. Von der Ferne betrachtet schien er ein Jüngling zu sein, aber in der Nähe sah man, daß aus seinem Antlitz Sorge und Traurigkeit schauten. Die Zeit hatte in sein Gesicht tiefe Falten gegraben. Er war einer von jenen, die schweigend ihr Los tragen, die in sich etwas verborgen halten, das sie nicht vergessen können, für das sie nirgends Ersatz fanden.

Suchend ging er zwischen den Gräberreihen hin und her. Zehn Jahre hatte er den Ort nicht gesehen, wo man einst seine Mutter hinabgesenkt hatte. Fern von dieser Stelle suchte er eine Heimat, aber nirgends fand er ein Willkommen. Jetzt hatte es ihn zur Stätte seiner Mutter getrieben. Niemand hatte es befohlen, doch auch Gefühle können mächtig sein...

Da stand er nun vor dem Hügel. Die Gedanken flogen zurück in das Gewesene, Erinnerungen tauchten auf. In dieser Stunde empfand er jedes harte Wort, das im Leben über seine Lippen gekommen war, das einst der sorgenden Mutter galt, als eine drückende Last von mächtiger Schwere. Aber alles war ja Vergangenheit, nichts ließ sich mehr gutmachen.

Die Welt feierte Muttertag. Sorgsam legte er die Feldblumen auf den Hügel. Er hatte keine — Mutter mehr... Jetzt erst wurde seine innere Hast und Unruhe durchbrochen, jetzt erst merkte er, was es bedeutet, wenn man keine Mutter mehr hat.

Von seinen Wangen rollten große Tränen. Ein Mann weinte. Dann ging er ins Dorf, wo die Menschen lachten und das Leben eine Heimat hatte. Aber er sah die Menschen und Häuser nicht, es schien ihm, als stehe überall in großen Lettern „Gedenket der Mutter!“ Wohin er schaute, er sah nur die Mahnung, die ewige...

Als er abends im Dorfkern in dem großen Betz des Fremdenzimmers lag, fragte er sich schweigend: „Warum feiern eigentlich die Menschen den Tag der Mutter? Muß man diesen Tag nicht täglich und stündlich durch alle Handlungen heiligen? Viele merken es erst zu spät, ja, viele merken es nie...“

Denkt ihr an diesen Tag, dann schenkt Freude der Mutter, die hangte und hoffte, scherzte und lachte, sie ist ja auch Anker in einer Zeit, die uns alle schwer und öf. prüft, gönnt ihr diesen einen Tag — den Muttertag, einmal ist ja doch alles vorbei...
Kurt Besser

Freiheit oder Bindung?

Wohlfühlzeit gab einen solchen Widerhall von Sprichwörtern, von Zitaten, wie sie heutzutage. Was große, erfolgreiche Leute die durch eine Tat ihr Herausragen aus der Menge bewiesen — einmal bei irgendeinem Anlaß gesagt haben, das wird jetzt mehr oder weniger richtig angewandt. Am heftigsten geht es aber jetzt um die zwei Begriffe: Freiheit oder Bindung?

Das Ideal der Freiheit kennen wir als unser eigenes. Für freiere Anschauungen, für Willens- und Geistesfreiheit sind von je die Unseren in die Schranken getreten. Den

Mit dazu gab ihnen ihre Überzeugung, die Kraft dazu gab ihnen aber das Bewußtsein, daß Tausende und aber Tausende mit ihnen in dieser Überzeugung einig waren.

Nicht in einer Horde von Feuerköpfen, deren jeder seine Privatmeinung hinausruft, läßt sich dem Ideal der Freiheit nahekommen, sondern in der besten und schönsten Bindung: der freiwilligen Übereinstimmung gleichgesinnter Menschen, die nicht eine Machtstellung für sich allein suchen, sondern das größtmögliche Maß von Wohlergehen und Freiheit für alle. Und deshalb sehen wir, daß es nicht ein Gegensatz sein muß: Freiheit oder Bindung, sondern daß es eine herrliche Übereinstimmung sein kann: Verbundensein in Freiheit, ohne diktatorische Macht, und Freiheit in der edelsten Bindung: der gemeinsamen Weltanschauung, die aus ungeknechtetem Geist und aufrichtigem Herzen hervorwächst. So sehen die Begriffe Freiheit und Bindung, politisch betrachtet, aus.

Uns aber drängt sich da ganz von selbst ein Vergleich auf.

Staat und Familie — wieder ein Schlagwort von heute. Wie ist es mit der Freiheit und der Bindung des einzelnen im Rahmen der Familie? War man nicht auf dem Wege, die Familie als Bindung abzulehnen, als veraltet, als hemmend für den einzelnen?

Sagte nicht der junge Mann zum Mädchen: Wenn ich allein bin, kämpfe ich mich besser durch, ich kann keinen Hemmschuh brauchen!

Murrte nicht manche junge Frau ob der ungewohnten Sorgen erster kampfreicher Ehejahre: Ach, wenn ich noch frei wäre...!

Hat nicht so oft der Familienvater verärgert die Tür hinter sich zugemacht und dem häuslichen Kleinkram den Rücken gekehrt, heimlich rüttelnd an den Ehebanden, die „aus einem Freien einen mit Verantwortung Beladenen gemacht“ haben?

Haben wir aber nicht auch der Beispiele genug, wo zwei junge Menschen sich verbinden, auf nichts als ihre Zuneigung und ihre Jugend vertrauend: Zu zweien schafft sich's besser!

Sah nicht schon manche junge Mutter den hungrigen Blick, den die schon etwas verblühte Freundin aus ihrer „Freiheit“ heraus in den liebevollen Wirrwarr der Spielcke der Kinder schickte, in das kleine und doch so wichtige Staatswesen eines bescheidenen Haushaltes?

Und wir alle kennen heute jene erusten, von den Sorgen der Arbeitslosigkeit betroffenen Männer, die sich aufrechterhalten trotz allem und allem, weil sie sich als verantwortlich und als die Stütze derjenigen fühlen, die zu ihrer Familie gehören.

Woran mag es nun liegen, daß der eine das als Zwang und Bindung ansieht, was dem anderen Freude und innere Freiheit ist?

An dem Charakter der Menschen allein kann es nicht liegen. Allerdings haben wir überall, bei Mensch und Tier, sogenannte „Einzelgänger“, aber wo von ihnen berichtet wird, fehlt nicht der Hinweis, sich vor ihnen zu hüten, weil sie sich der Allgemeinheit feindlich gegenüberstellen. Solchen Menschen ist schwer zu helfen, und sie sind glücklicherweise nicht so zahlreich, daß sie nicht zu umgehen wären.

Es liegt an etwas anderem: An dem Bindemittel! Gerade der Holzarbeiter weiß es — und wir als ihre Frauen und Töchter wissen es vielleicht auch — „Gut geleimt hält besser als gewachsen!“ Und wenn man von einem guten Bindemittel, einem guten Leim, spricht, dann heißt's „Der hält!“ Da bricht das Holz eher neben der Leimfüge!

Und dieses kleine Gleichnis aus unserer Berufsarbeit sagt uns, wo das Geheimnis auch im öffentlichen und im Familienleben liegt: An dem Bindemittel!

Man sagt, eine gute Ehe müsse zwei Bäumen vergleichbar sein, die dicht neben-

einander wachsen: Jeder der Ehepartner ein Baum für sich, aber die Wurzeln eng ineinander verflochten und die Baumkronen innig ineinander zugeeignet.

In einer solchen guten Ehe muß wohl die Bindung nicht als beschränkte Freiheit zu fühlen sein! Da muß sich jeder als ein freier Mensch fühlen, doch mit freiem Willen dem anderen innig verbunden und verflochten. Und das gleiche Bindemittel der wurzel-tiefen Zusammengehörigkeit, die doch dem einzelnen sein Eigenleben nicht verkümmert, sondern ihm sein Wachstum läßt in der frohen Gewißheit, daß in der freien klaren Luft „die Gipfel sich dann wieder zueinander neigen“, kann auch die wesensverschiedensten Glieder einer Familie einm. Nur muß der einzelne nicht seinen Vorteil auf Kosten der anderen suchen.

Wenn also das Bindemittel richtig ist, dann gibt es für uns nicht den Zwiespalt: Freiheit oder Bindung?

Margarete Ebert-Hoffmann.

Dicht am Abgrund...

Jedesmal, wenn ich wieder von dem Freitod eines Unglücklichen erfahre, überrieselt es mich kalt. Welche seelischen Konflikte mögen vorausgehen, ehe der Mensch, der doch mit allen Fasern am Leben hängt, eigenhändig den Schlußstrich zieht!

Unsere bitterarme Zeit bereitet ja leider nur zu gut den Weg vor, der an den Abgrund der Selbstvernichtung führt: Sie schwächt mit ihren Hungerriemen und ihrer unabsehbaren Kette von Enttäuschungen die geistige und körperliche Widerstandskraft; sie zerrüttet die Nerven und möchte jeden Funken Lebensfreude zerstören; sie sät Mißtrauen in die Herzen und läßt uns in jedem Menschen einen Feind wittern. Was Wunder, wenn da so ersöhntend viele diesen irrsinnigen Hexentanz nicht mehr mitmachen können, sondern zusammenbrechen?

Wir alle, die wir selber schon in dunklen Stunden die Verzweiflung kennenlernten, wir wollen uns nicht vermessen, den Stab über diese tragschweren Gestalten eines Welt dramas zu brechen. Das aber wollen wir tun: uns dieser Selbstmordepidemie entgegenstemmen mit ganzer Kraft! Bei uns selber fangen wir an. Kopf hoch und Schonung unserer Nervenkraft! Mit Jammern und Fluchen, mit trostlosen Weinen und Verzagtsein ändert sich kein Geschick. Ruhig und klar wollen wir alle Möglichkeiten überdenken, durch welche sich unsere Lage verbessern läßt.

Und dann frisch den Hebel angesetzt! Nicht über Nacht läßt sich der Erfolg zwingen. Wir hüten uns deshalb vor schrankenlosem Optimismus ebenso sehr wie vor alles verneinendem Pessimismus. Nicht auf Glücksfälle setzen wir unsere Hoffnung; denn „Hoffen und Harren macht manchen zum Narren!“ sagt das Sprichwort so treffend. Doch über Kleinigkeiten sich freuen und umgekehrt, kleine Verdrießlichkeiten schnell vergessen — das gilt's zu lernen.

Aber nicht nur unser eigenes Leben soll auf diese Art erneuert und durchsonnt werden, auch in das Leben der anderen laßt uns Wärme tragen. Seien wir Schwestern und Brüder, die sich helfend die Hände reichen, statt sich wegen jeder kleinsten Kleinigkeit an die Kehle zu springen. Nicht nur unsere Nerven sind am Zerreißen, sondern auch die Nervenkraft der anderen ist zu stark belastet. Wer weiß, ob nicht sogar in unserem Bekanntenkreis der eine oder andere mit dem Entschluß ringt, die Last des Daseins von sich zu werfen. Da wirkt ein herzliches Wort, ein kleiner Freundesdienst oft Wunder. Keiner soll denken müssen, daß er von aller Welt verlassen ist.

Mit unserer ganzen Persönlichkeit wollen wir uns einsetzen, um die Selbstmordziffer herabzudrücken; denn ihr Anwachsen ist nicht bloß ein Vorwurf gegen die Not unserer Zeit, sondern auch eine Anklage an die Menschheit überhaupt.
Marie Schatz.

Das Loblied der Faulheit.

Immer wird die Arbeit als das einzig Beglückende im menschlichen Leben gepriesen. Arbeit ist auch zweifellos das höchste Erdenglück. Das wissen die Arbeitslosen von heute am besten. Aber jeder arbeitende Mensch hat ein Recht darauf, auch einmal nach Herzenslust faul sein zu dürfen. Versteht er es nicht, so wird eine allgemeine Revolution seiner Nerven ihm mit zwingendem Nachdruck diese wichtige Tugend lehren.

Sünden gegen den Geist der Faulheit gibt es viele. Müde Hausfrauen sitzen auf einem Plätzchen im Grünen und freuen sich der Sonne. Anstatt daß sie sich nun daran genug sein lassen, neue Kraft für ihr vielseitiges Tun zu sammeln, regen sie die fleißigen Hände und führen die Nadeln so flink, als ob jeder Arbeitsaugenblick bezahlt würde. Manche legen sogar Wert darauf, immer nur arbeitend gesehen zu werden, weil sie glauben, damit den Beweis zu erbringen, wie unendlich tüchtig sie sind. Wenn ihre Umwelt sie mit den Händen in dem Schoß sehen würde, so könnte daraus der Rückschluß gezogen werden: „Frau Soundso hat anscheinend nie etwas zu tun.“ Trugschlüsse erwecken wir alle bei unseren Mitmenschen, daran muß man sich gewöhnen. Es ist nichts anderes als ein Trugschluß auf die Tüchtigkeit einer Frau, wenn ihr Arbeitstag 20 Stunden hat. Diese ungesunde Einteilung zeugt höchstens für die Ungeschicklichkeit der Zeiteinteilung und ein geringes Talent für konzentriertes Schaffen. Die Zeit wird verzettelt, und die Arbeit, die in einer Stunde gemacht sein könnte, dehnt sich über Stunden aus. Mit voller Entrüstung würden diese Zeitvergeuderinnen das Ausinnen zurückweisen, eine halbe Stunde am Tag nichtstehend zu verbringen. Sie würden verzweifelt einen Daumen um den anderen dehen, um wenigstens den Anschein zu erwecken, daß etwas geschieht. Diesen immer geschäftigen Frauen erscheint Faulheit eine Sünde. Im Grunde artet ihre Beschäftigung auch nie in Arbeit aus. Und sie bedürfen deswegen auch nicht dieser bezaubernden Erhalterin seelischen Gleichgewichts.

Faulheit will verdient werden. Wer je nach einer langen Fußwanderung einen Sonnenhügel auf waldiger Höhe erstürmt, um darauf, langgestreckt, die Hände unter dem Kopf, so still zu liegen, daß Schmetterlinge in Versuchung geraten, sich auf der blumigen Bluse satt auf der Wiese niederzulassen, der weiß, wie süß diese Faulheit schmeckt.

Wer am stillen Sonnabend nach dem Abstellen der Arbeit den blausämben, gestirnten Himmel wünschlos betrachtet, wer Frieden und Schönheit andachtsvoll genießt, ist ein verehrungswürdiger Faulpelz.

Die Sehnsucht, recht faul zu sein, ist ein Genesungsprozeß unserer krankhaft aufgewirbelten Nerven. Wir sollten auf diese Stimme unseres Inneren hören und bewußt gekommen ist. Es gibt nichts Schöneres, als im Bewußtsein geschaffter Arbeit ziellos spazierenzuschlendern, ganz hingegeben an den sanften Rhythmus unseres Schreitens. Das einzige Ziel ist, ein ruhiges Plätzchen zu finden, auf dem selbst die Mühle der Bewegung aufhört und alle Glieder und Sinne die Feierstunde auskosten.

Man muß und soll nicht bei allem dabei sein wollen. Wer das Talent zur Faulheit hat, findet ein herrliches Plätzchen auf stiller, walduhrauschter Höhe. Er braucht weder Menschen noch einen vollen Proviantstasche, er dehnt und streckt behaglich seine Glieder und schlürft mit allen Poren heilige Ruhe. Dann kommen Tage des Wanderns, des Schauens, des Aufnehmens, alles Neuen. Und wieder der künstliche Augenblick tiefer Stille und Versunkenheit und völliger Hingabe an die Faulheit.
Annie Juliane Richter.

